

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil:

L. Fontane,

Für Feuilleton und Vermischtes:

J. Steinbach,

Für den übrigen redact. Theil:

H. Schmiedehaus,

Sämtlich in Posen.

Verantwortlich für den Finanztheil:
J. Flugkist in Posen.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Nr. 858

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
 ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 8. Dezember.

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei Hof. Dr. Jösch, Hoffst.
Gr. Gerber u. Breiteit & Cie.
Olof Tiekish, in Firma
J. Lennart, Wilhelmplatz 8.
in Gnesen bei J. Chapski,
in Neuruppin bei Dr. Matthias,
in Wreschen bei Dr. Jodlau
u. b. d. Inserat-Annahmetellen
von H. E. Danke & Co.,
Hasenstein & Gogol, Rudolf Rose
und „Invalidenbank“.

Inserate, die schriftgepalte Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf. auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., zu bezahlen
Sicelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagausgabe bis 8 Uhr vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr nachm. angenommen.

1890

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)
13. Sitzung vom 6. Dezember, 11 Uhr.

Die erste Berathung der Schulvorlage wird fortgesetzt.
Abg. Dr. v. Stablenski (Bole): Die Vorlage genügt nicht den großen Aufgaben, welche die Gegenwart an die Volkschule stellt. In einem Augenblick, wo die Umtpartei so weit um sich greift und die Initiative des Kaisers so viel Opferfreudigkeit hervorgerufen hat, soll die religiöse Überzeugung Derseligen angegriffen werden, welche diese Überzeugung am meisten zur Bevölkerung gebracht haben, soll der Staat entgegen der historischen Entwicklung den Religionsunterricht auch ferner leiten, denn darauf läuft schließlich Alles hinaus. Der Staat darf nicht die Kirche beschränken, wie es hier geschieht. Bedauerlich ist, daß diese Vorlage nicht im Einvernehmen mit den Organen der Kirche festgestellt worden ist. Auch bei der Schulenquete sind leider die Bischöfe nicht hinzugezogen worden. Die Kirche hat nicht einmal bezüglich des Religionsunterrichts die ihr gebührende Stellung in dieser Vorlage. In der That ist es möglich, daß evangelische Lehren katholischen Kindern Religionsunterricht geben; das ist in dem Wohnorte des Herrn v. Schalcha geschehen. (Hört! hört! im Zentrum.) Warum bleibt das Schulauflösungsgebot stehen, welches so viele Ungerechtigkeiten mit sich gebracht hat? In Posen mit überwiegend katholischer Bevölkerung ist noch nicht ein Zehntel der Kreisschulinspektoren katholisch. Auch die Rechte der Eltern werden in dem Gesetz nicht genügend berücksichtigt. Ist es nicht ein berechtigter Anspruch, daß die Kinder in den Schulen die Sprache ihrer Familie schreiben und lesen lernen? Anstatt dessen wird ihnen in den polnischen Provinzen die Kenntnis der Muttersprache vorerhalten. Das ist der Boben, auf dem die Sozialdemokratie am üppigsten wächst. Nur den Bemühungen des Klerus ist es gelungen, die Sozialdemokratie an ihrer Ausbreitung zu verhindern. Eine weitere Fernhaltung der Sozialdemokratie wird aber nur möglich sein, wenn uns der Unterricht in der Muttersprache wieder gegeben wird. Dadurch, daß der Lehrer jetzt für einen ganzen Schulbezirk gewählt wird, wird das Präsentationsrecht der Gemeinden illusorisch; die Selbstverwaltung wird in dieser Beziehung geradezu vernichtet. So ist die Vorlage vom Standpunkte der bürgerlichen Freiheit, der Religion, der Muttersprache verwerflich.

Abg. v. Buch (konf.): Die Vorlage entspricht einem Bedürfnis. Sie hat sich mit vollem Recht auf die Regelung des öffentlichen Volksbildungswesens befrüchtet. Wir haben das Bedenken, daß die Gemeinden und örtlichen Verwaltungsorgane von der ihnen zugesetzten neuen Aufgabe, die noch zu den neuen Aufgaben in Folge der anderen Reformgesetze hinzukommt, zu sehr überlastet werden; aber trotzdem sind wir bereit, in die Verhandlung und Prüfung der Vorlage einzutreten und das Zustandekommen des Gesetzes sind wir bereit nach Kräften zu fördern. Selbst wenn die Vorlage auch nicht in dieser Session Gesetz wird, so werden doch die Verhandlungen klärend wirken, so wie die Steuerverhandlungen in den letzten Jahren, und das Zustandekommen des Gesetzes für eine spätere Session wesentlich erleichtern. Die Schwierigkeiten, die jetzt der Vorlage entgegenstehen, werden sich erheblich mildern, wenn den Abgeordneten die Möglichkeit gegeben wird, an der Hand der praktischen örtlichen Erfahrung die Tragweite der Vorlage einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen.

Wir begrüßen es, daß die Vorlage der Volkschule den konfessionellen Charakter giebt. Damit wird eine alte konservative Forderung erfüllt, von der wir unter keinen Umständen abgewichen werden. (Beifall rechts.) Wir können den Forderungen von der linken Seite in diesem Punkte auch nicht einen Schritt entgegen kommen (Beifall rechts). Diesem konfessionellen Charakter genügt aber nicht die Bestimmung des Entwurfs, daß grundsätzlich kein Kind ohne den Religionsunterricht

seines Bekennnisses bleiben soll. Dazu gehört vor allem, daß der Lehrer derselben Religion angehört, wie die Mehrzahl der Kinder. Wir glauben allerdings, daß die Vorlage dies als selbstverständlich ansieht. Einverstanden sind wir auch damit, daß die Vorlage auf dem kommunalen Prinzip ausgebaut ist, ebenso mit der Aufhebung der Schulsozietäten. Letztere entsprechen nicht mehr den Anforderungen, welche von der Schule jetzt an sie gestellt werden müssen.

Dadurch, daß in selbständigen Gutsbezirken die Gutsbesitzer die Schullasten zu tragen haben, wird der Grundbesitz im Osten bedeutend mehr belastet, trotzdem er schon auf dem Gebiete des Schulpatronats große Lasten zu tragen hat. Wir erkennen aber an, daß das die Konsequenz unserer Stellung zur Landgemeindeordnung ist; wir werden diese Konsequenzen unvergänglich tragen. Aber wir wünschen einen anderen Maßstab für die Heranziehung zu den Schullasten, durch den der wirklichen Leistungsfähigkeit mehr entsprochen wird. Der Inhaber des Gutsbezirks, der allein die Lasten trägt, muß mehr Rechte die Schule gegenüber bekommen.

Der Selbstverwaltung der Kommunen werden zu enge Grenzen gesteckt, die örtlichen Organe zu sehr in den Hintergrund gedrängt. (Sehr wahr! links.) Bei einseitiger Wahrnehmung der Schulinteressen durch die Schulverwaltung liegt die Gefahr nahe, daß die örtlichen Verhältnisse nicht genügend berücksichtigt werden. Die Rolle des Kreisausschusses ist eine sehr bescheidene, in der Vorlage zeigt sich ein Misstrauen gegen ihn und eine Bevorzugung des Bezirksausschusses. Der Kreisausschuss muß wieder in den Vordergrund treten. (Sehr wahr! rechts.) Auch das Interesse der Gemeinden an der Schule wird wesentlich gehoben, wenn sie die Überzeugung sind, daß ihre Interessen durch Organe der Selbstverwaltung vertreten werden. Es würde sich empfehlen, dem Kreisschulinspektor in Schulsachen volles Stimmrecht in dem Kreisausschuss zu geben. Die Gemeinde muß die Garantie haben, daß sie den Lehrer, den sie vorschlägt, auch bekommt und nicht einen von anderwärts strafversetzten. Die allerhöchsten Bedenken haben wir gegen die Stellung, welche dem Geistlichen in dem Schulvorstand eingeräumt wird; es liegt darin eine Capitis diminutio für ihn, wenn er mit dem Lehrer unter dem Gemeindevorsteher steht.

Bedenken haben wir gegen die definitive Verwendung oder Mittel aus den Höllen für die Schulzwecke. Wir wissen heute nicht, ob wir diese Mittel nicht für die Steuerreform brauchen. Wir hoffen, daß in der Kommission etwas dem Vaterlande Dienliches herauskommt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst (Br.): Ich stimme auch für Kommissionsberathung, nicht weil ich glaube, daß dadurch das Gebeck zum Abschluß gebracht wird, sondern weil die Ansichten sich klären; nach Beendigung der Kommissionsberathung sollten wir uns erst zu Hause die Gestaltung der Dinge ansehen. Meine Hoffnung auf das Zustandekommen des Gesetzes ist eine geringe. Sollte in Wirklichkeit eine Majorität dieses Gesetzes beschließen, so ist der Grund gelegt nicht zum konfessionellen Frieden, sondern zu einem Kampfe, dessen Ende ich nicht absehe, und der ebenso weittragend sein wird, wie der Kulturmampf. Räume das Gesetz zu Stande, so würde ich in den nächsten Sessionen Anträge auf Aufhebung der Modifikation einbringen, bis der Boden untergraben ist. Das Gesetz, wie es vorliegt, ist unannehmbar, weil es die katholische Kirche in ihren Grundlagen zu erschüttern geeignet ist. (Beifall im Zentrum.) Der Entwurf ist ja diplomatisch fein durchgearbeitet. Die ministerielle Willkür in diesem Gesetze wird petrefakt, es ist eine legalisierte Willkür. Dieser Entwurf ist keinesfalls eine Durchführung der Verfassung. Die Verfassung gibt Freiheit in Bezug auf die Wahl der Lehrer und des Lehrstoffes, aber bisher ist die Tendenz der Schulgelege immer dahin gegangen, die Omnipotenz des Staates zu erweitern. Wer ein Schulgesetz macht, muß auch diese Seite berücksichtigen. Das Staatsmonopol darf nicht mehr erweitert werden. Von der Schule, wie sie hier vorgeschlagen wird, bis zur Schule ohne Religionsunterricht ist nur ein Schritt. Wir werden Privatschulen gründen müssen, um die Ideen

der Demagogie und der Freimaurerei zu bekämpfen (Lachen bei den Nationalliberalen). Wer da lacht, den halte ich für einen Freimaurer (Heiterkeit). Vor allem ist es nötig, daß schon in den Seminarien mehr auf die religiöse Erziehung geschenkt wird. Das ganze Schulweinen wird geordnet werden müssen, wenn wir zu einem geüblichen Refulat kommen wollen. Zu erwägen wäre, ob nicht, wenn das Gesetz im Ganzen nicht zu Stande käme, die Paragraphen über die Verbesserungen der Lehrer als besonderes Gesetz herausgenommen werden müßten.

Der Erlass dieses Gesetzes ist eine Verleugnung der Verfassung. Ein solches Gesetz darf auch gar nicht vorgelegt werden, ohne daß die kirchlichen Organe befragt werden. Es wird doch sonst in Preußen kein Deliquent gehängt, ohne gehört zu werden. (Heiterkeit.) Die Schulräthe, weil sie ohne Widerspruch regieren, fangen an zu glauben, daß sie allein in der Welt sind. (Beifall im Zentrum.) Leider ist der Kirche auch bei der Anstellung der Lehrer jede Mitwirkung veragt. Dem Geistlichen gebühr naturgemäß der Vorstand im Schulvorstande, denn er ist derjenige, der über die Verhältnisse am genausten Bescheid weiß. Die Sorge der Herren Schulräthe geht aber überhaupt dahin, die Kirche zu demütigen, wo sie können. Auch in den Seminarien müßte dem geistlichen Element ein größerer Einfluß gegeben werden. Staat und Gemeinde müssen mit der Kirche zusammenarbeiten. Die Kirche muß auch wie jene beiden anderen Faktoren bei der Disziplinierung eines Lehrers beteiligt werden, sie muß eine Rektifizierung oder Entlaßung des Lehrers verlangen können, wenn dieser die religiösen Lehren den Kindern nicht in der richtigen Weise bringt. Es ist mir nicht klar geworden, ob die Geistlichen nach dem Entwurf nicht selbst den Religionsunterricht ertheilen können. Es muß dem Geistlichen die Möglichkeit gegeben werden, sofort für den Lehrer einzutreten, wenn dieser den Religionsunterricht nicht in der richtigen Weise giebt. Die Leitung des Religionsunterrichts muß unbedingt den kirchlichen Organen überlassen werden. Oder sollen etwa die Herren Ministerialräthe über Fragen des katholischen Glaubens entscheiden, wenn ein Streit hierüber zwischen Lehrer und Geistlichen entsteht? Auch die Auswahl der Religionslehrbücher darf allein in die Hände der kirchlichen Behörde gelegt werden. Was hier vorgeschlagen wird, ist aber ein Eingriff in die Lehrfreiheit der Kirche.

Wir haben nicht immer die Sicherheit, einen so wohlwollenden evangelischen Kultusminister zu besitzen, und selbst der wohlwollende Kultusminister ist noch sehr abhängig von seinen Räthen. (Heiterkeit.) Ein Kultusminister muß übrigens nach der Verfassung keineswegs immer evangelisch sein, es kann auch einen jüdischen Kultusminister geben. (Heiterkeit.) Wir sehen mit Angstlichkeit und Sorge einem solchen Gesetz entgegen, weil wir einen evangelischen Kultusminister, evangelische Räthe, evangelische Beamte haben. Wird dieses Gesetz durchgeführt, dann haben wir den Kulturmampf umsonst geführt. Aber wir sind der Überzeugung, daß wir auch diesen Ansturm dann abschlagen werden. (Beifall im Zentrum.)

Kultusminister v. Gohler: Die Regierung ist freudig erfüllt von dem Eindruck der bisherigen Debatte. Vor Einbringung des Gesetzes über dasselbe mit den kirchlichen Oberen zu verhandeln, lag keine Veranlassung vor, nach den bösen Erfahrungen, die i. S. Minister Ladenberg mit einem solchen Verfahren gemacht hat. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Windthorst erinnere ich erneut daran, daß unsere Seminarien ganz konfessionell sind. Der Religionsunterricht wird in den katholischen Seminarien von einem katholischen Geistlichen ertheilt, und an der Abgangsprüfung nimmt ein bischöflicher Kommissar teil. Der Entwurf erfüllt die Verfassung und das gegenwärtig bestehende Recht, kommt aber in einigen Punkten den Religionsgesellschaften mehr als bisher entgegen. Wenn die katholische Kirche 40 Jahre lang unter der Verfassung bestanden hat, so wird sie auch nicht Schaden leiden, wenn dieses Gesetz angenommen wird. Von einem Kampf gegen irgend eine Religionsgesellschaft ist in diesem Gesetz keine Rede. Revolutionär kann man unser Vorgehen doch nicht nennen, da wir nur

Die polnische Auswanderung nach Brasilien.

Unter den Fabrikarbeitern in den polnischen Industriebezirken hat bekanntlich in Folge der anhaltenden wirtschaftlichen Krise eine massenhafte Auswanderung nach Brasilien begonnen. Die Frage ist zu einem wahren Nationalunglück geworden; sie hat die verschiedensten Gesellschaftsschichten ergriffen und einen geradezu epidemischen Charakter angenommen. Nach Brasilien reisen oder sehnen sich alle wohlhabenden Landwirthe, alle nichtbesitzenden Arbeiter, Knechte, ihre Familien u. s. w. Es ist kaum zu glauben, für welche Preise der Grund und Boden, das lebende Inventar, die Geräthe und Hütten verkauft werden; so hat z. B. ein Landwirthe sein sämmtliches Besitzthum für 140 Rubel verkauft. Man schlägt um jeden Preis sein Eigenthum los; was man nicht im Dorfe verkaufen kann, wird auf den nächsten Markt gebracht, wo man Alles für ein Spottgeld dahingibt. Es wird außer Betten und Kleidern nichts Anderes nach Brasilien mitgenommen.

Die Epidemie der Auswanderung übt bereits einen solchen Einfluß aus, daß der Grund und Boden nahezu werthlos geworden; so werden z. B. 30 Morgen Land für 300 Rubel verkauft. Wem es aber überhaupt nicht möglich ist, sein Besitzthum zu verkaufen, der verschreibt es seinen nächsten Verwandten. Man drängt mit der größten Ungeduld fortzufahren, läßt sich nicht Zeit, die Kartoffeln auszugraben, sondern läßt Alles auf dem Felde verfaulen, um nur so schnell als möglich das gelobte Land zu erreichen, von welchem die Leute die märchenhaftesten Vorstellungen haben. So z. B.

sagen die Bauern, haben im Süden beim Papst sich alle Kaiser und Könige zu einem großen Rath versammelt. — Die „Engländerin“, sagen sie, hat ein großes neues, unbewohntes Land entdeckt, Brasilien; sie soll geäußert haben: Ich brauche für mein Land Menschen, gib mir eine Landbevölkerung, ich werde sie reich und glücklich machen. — Nur keine Verbrecher, denn sonst wäre Krieg und Kampf unvermeidlich. Und man gab ihr unser polnisches Volk.

Der alte Bismarck — sagen Andere — ist ein böser, der junge aber ein guter Mensch. Er ist zum Katholizismus übergetreten und gründet in Brasilien ein neues Polen. Viele Kirchen hat er dort gebaut und eine Menge Priester hat er kommen lassen; er ruft das polnische Volk, das nach Neujahr im alten Land 15 Rubel für eine Taufe und 25 für eine Hochzeit zahlen oder einen anderen Glauben wird annehmen müssen, nach Brasilien.

Nein, sagen wieder Andere, nicht der junge Bismarck gründet ein neues Polen, sondern der Papst selber. Schon vor 14 Jahren ist eine Masse Volkes nach Brasilien ausgewandert, wurde aber dort von den Wilden, die sie überfielen, gefressen; darauf hat der Papst drei Tage und drei Nächte gefastet und gebetet; Gott hat sein Gebet erhört, die Wilden sind ausgestorben, das Land menschenfrei, und jetzt will der Papst, daß seine Katholiken dorthin gehen.

Ein anderes Gerücht schuf eine Königin von Brasilien, die 13 Millionen Polen braucht. Sie ist sehr gut und mildthätig und gibt den Arbeitern großen Verdienst. Niemand muß dort Not leiden. Wenn ein Armer einen Reichen auf der Straße trifft, erhält er von ihm 5 Rubel.

Das Land ist so reich, daß man das Gold nur einfach zu graben braucht. Jeder erhält so viel Land, als er nur will, kann Kaffee trinken, Reis, Rosinen, Orangen und Melonen essen; das dortige Volk versteht die polnische Sprache nicht; wenn man beispielsweiseemanden um Salz bittet, schüttet er eine Hand voll Zucker in die Schüssel.

Auf dem Schiffe ist es auch gut, und obwohl es bis Brasilien sehr weit ist, wird die Reise doch in ein paar Tagen zurückgelegt, denn die Schiffe liegen nur so, wie die Leute von Brasilien, die auf den Markt nach Eichanow gekommen und wieder nach dort zurückgekehrt sind, selber gesagt haben. Die Schwester eines Pfarrers ist mit einem Sack Pfeffer auf den Markt gekommen, wofür sie 24 Rubel gelöst habe. — Wenn auf dem Schiffe jemand erkrankt oder eine Frau gebürt, steuert das Schiff sofort nach dem festen Land und bleibt dort so lange liegen, bis der Betreffende gesund ist; erst dann segt es die Reise fort. Unterwegs hält es auch auf der Insel St. Helena. Dort können die Reisenden beichten und kommunizieren. In Brasilien angelangt, werden sie von einer Prozession mit Priestern und Fahnen abgeholt. Die Reisenden werden dann feierlich in ihre Wohnungen geführt. Diejenigen, welche nicht gleich Arbeit und somit Verdienst haben, werden in einem zwei Meilen langen Hotel untergebracht; dort erhält jeder ein eigenes Zimmer, seidene Decken und Essen so viel als er will und kann dagebst bleiben, so lange es ihm gefällt.

Wenn unter so rosigem Aussichten sich doch jemand findet, der die Reise nicht mitmacht, erregt es große Bewunderung, wie folgende Unterhaltung zeigt.

einen Verfassungsparagraphen ausführen. Gerade Herr Windthorst will im Gegenteil die Verfassung ändern; unser Entwurf widerspricht der Verfassung nicht. Kein Kultusminister wird sich in Bezug auf den Religionsunterricht an die Stelle der Kirche setzen oder irgendwie in ihre Rechte eingreifen wollen. Die oft angegriffene Verordnung von 1876 ist im Jahre 1887 sogar vom Erzbischof Dindler als die Grundlage für die bekannte Verfügung genommen worden, in welcher er seine Geistlichen anweist, die Leitung des Religionsunterrichts zu übernehmen.

Der Behauptung des Herrn v. Stahlewski, daß fast in keiner Schule seiner Heimatprovinz der Religionsunterricht in der Muttersprache ertheilt werde, widerspricht die Thatache, daß in Polen von 1187 Schulen mit polnischen Kindern in 1079 Schulen ausschließlich polnischer Religionsunterricht ertheilt wird. (Hört, hört! rechts.)

Ich erkenne erneut an, daß auch nach dem Wortlaut des Gesetzes die Schulaufsichtsbehörde verpflichtet ist, dafür zu sorgen, daß, wenn ein zur Leitung des Religionsunterrichts berufener Geistlicher vorhanden ist, dieser auch in den Schulvorstand zu treten hat. Soll das in noch klarerer Weise zum Ausdruck kommen, so wird eine Fassung in der Kommission gefunden werden können. Eine Garantie für die Kirche, daß der Lehrer zum Religionsunterricht befähigt ist, liegt in der Verordnung von 1827, daß kein Seminarist das Reifezeugnis bekommt, wenn nicht der bischöfliche Kommissarius mitgewirkt hat. — Was die Abiebung betrifft, so hat der Lehrer ein gesetzliches Recht, daß er nur im Disziplinarverfahren seine Stellung verlieren kann. Aber sehr verstärkt ist die Stellung der Kirche in diesem Entwurf dadurch, daß dem Lehrer zur Pflicht gemacht wird, den Religionsunterricht nach den Lehren seiner Kirche zu ertheilen. Weicht er davon ab, so ergeben sich ja die Konsequenzen von selbst. Es ist ferner selbstverständlich, daß, wenn konfessionelle Schulen eingerichtet werden, der Lehrer der Konfession der Kinder angehört. Einzelne Fälle, wo der Lehrer einer anderen Konfession angehörte, kamen in Schlesien vor, wo ex lege bestanden haben.

Die Staatsregierung ist bereit, mit Ihnen in treuer Mitarbeit das Richtige zu suchen. In den Ausführungen des Abg. Zelle habe ich keinen Punkt gefunden, über den wir uns nicht verständigen könnten. Es liegt nicht in meiner Absicht, daß der stolze Bau der kommunalen Schulen seine Blüten und Blüthen verliert. Ich weiß wohl, daß das frische Blüthen vieler Schulen der bewußten, liebevollen Thätigkeit der größeren Städte zu verdanken ist. Die Ausführungen des Abg. Zelle über den Schulvorstand waren mehr liebenswürdig witzig, als rechtig. Der Schulvorstand muß auch um das Leben der Kinder außerhalb der Schule sich kümmern, darin liegt ein wichtiges Moment der Erziehung.

Dem Bedenken, daß die Gemeinde davor geschützt werden müsse, daß ihr ein strafversetzter Lehrer aufstrotzirt wurde, steht die Rücksicht auf die Lehrer gegenüber. Dies ist schmerzlicher, als einen häufig noch sehr jungen und erziehungsfähigen Lehrer aus dem Dienste entlassen zu müssen, weil er an der Stelle, wo er sich befindet, unmöglich ist. Solchen Lehrern ist oft sehr leicht zu helfen, wenn sie nur an eine andere Stelle kommen können. Ich bitte Sie daher, Ihr Wohlwollen für die Lehrer auch in diesem Punkte zu zeigen.

Der Wunsch, daß diesem Gesetz ein Begräbnis zweiter Klasse zu Theil werde, wird ja nun nicht in Erfüllung gehen; es könnte höchstens von einem Begräbnis erster Klasse die Rede sein; und auch das ist nicht zu erwarten nach den entgegenkommenden Erklärungen von verschiedener Seite, daß, selbst wenn die Kommissionsbeschlüsse nicht zum Abschluß führen sollten, sie doch als eine Basis dienen würden für eine weitere Entwicklung in der Praxis und ein späteres Zustandekommen des Gesetzes. Ich gebe noch weiter. Ich hoffe, daß, wenn wir erst an der besten Arbeit sind, wir eine ganze Masse Mißverständnisse beiseitigen und dann das Gesetz zur vollständigen Befriedigung zu Stande bringen. (Beifall.)

Abg. Olzem (nt.): Die Vorlage bedeutet einen Fortschritt gegen den bisherigen Zustand insofern, als er gesetzliche Normenschaafft, und es dadurch unmöglich macht, daß mit jedem Ministerwechsel auch eine Änderung des Systems eintritt und das Centrum dadurch Gelegenheit bekommt, über neue Konzessionen mit dem Minister zu verhandeln. Der Antrag Windthorst würde nach diesem Gesetz unmöglich sein. Die Vorlage bedeutet durchaus nicht einen Eingriff in die Rechte der Religionsgesellschaften. Die Kirche hat nach der Verfassung nicht das Recht, den Religionsunterricht ausschließlich zu leiten; dieses Recht ist ihr nur von dem Staate übertragen worden. An der Spitze der Verfassung steht vor allem die Staatsaufsicht. Wenn man die konfessionellen Gegenseite so weiter verschärft, so bekommen wir schließlich im Reichstag einen Antrag Windthorsts auf konfessionelle Trennung der Regimenter. (Heiterkeit.) Die Bureaucratie hat gerade auf dem Gebiete der Schule Gutes geleistet. Das Präsentationsrecht der Gemeinden, wie es in dieser Vorlage geregelt wird, halten wir für eine Verbesserung gegenüber dem früheren Zustande. Wir sind auch durchaus der Meinung, daß die Vorlage der Verfassung entspricht, und

ich theile die Hoffnung des Ministers auf eine glückliche Erledigung des Gesetzes in dieser Session. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Abg. v. Hergenhahn (nl.) ist im Prinzip gleichfalls für die Vorlage. Redner bemängelt aber das Eingreifen der Vorlage in die Selbstverwaltung der Gemeinden, namentlich der großen Städte. Den städtischen Schuldeputationen müsse eine größere Selbstständigkeit gegeben werden. Ferner fürchtet Redner von der Vorlage eine Vernichtung der Simultanschulen, die seiner Heimat, der nassauischen Bevölkerung ans Herz gewachsen seien (Widerspruch im Zentrum). Wo Simultanschulen bestanden haben, hätten sie wesentlich beigetragen zur Versöhnung der Bevölkerung. In Nassau hätten seiner Zeit selbst die Konservativen sich für dieselben erklärt; und jetzt traten mit Ausnahme zweier Centrumsabgeordneter sämmtliche Abgeordneten des Regierungsbezirks Wiesbaden für sie ein. Die Nationalliberalen würden in der Kommission beantragen, daß Simultanschulen nur abgeschafft werden könnten mit Zustimmung der Gemeinden. Die Simultanschule sei die Schule der Zukunft. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Gedlich (frk.): Den materiellen Theil der Vorlage halte ich für eine loyale Ausführung der Verfassungsbestimmungen. Nicht so befriedigt bin ich von den Bestimmungen über die Abgrenzung der Zuständigkeiten. Dieser Theil ist verbessерungsfähig nach der Erweiterung der Befugnisse der Selbstverwaltung hin. Dieses Gesetz wird ein Gesetz des Friedens sein, und ich glaube, eben darum trifft es auf solchen Widerstand seitens derjenigen, die von der Agitation leben. (Widerspruch im Zentrum.) Das Zentrum will nur Unterwerfung der Lehrer unter die Hierarchie. Dazu wird die Zustimmung der preußischen Lehrer niemals erlangt werden, trotz des Wohlwollens, das Herr Windthorst für sie zur Schau trägt. Den Übergang zu der Bildung neuer Träger für die Schulunterhaltungspflicht können wir nur dadurch finden, daß wir den neuen Trägern die nötigen Schulgebäude geben. Das geschieht am besten auf dem vorgeschlagenen Wege durch die Novelle zur lex Huene. Es würde sich empfehlen, einen Theil der Schulaufsicht Gemeindeorganen, dem Kreisausschuß oder dem Landrat, zu übertragen. Das wird dazu beitragen, der Bevölkerung die Überzeugung zu gewähren, daß die Schulverwaltung nur das Beste will.

Abg. Dr. Windthorst: Der Herr Minister hat meine Bedenken nicht widerlegt. Mein Wohlwollen gegen die Lehrer hat nicht etwa, wie Herr v. Gedlich annimmt, die Abficht, sie für hierarchische Bestrebungen zu fördern. Die wahrhaft tüchtigen Lehrer sind nicht der Ansicht, daß das hierarchische Bestrebungen sind. Ich hoffe, daß die kirchlichen Oberen sich noch äußern, damit die Regierung einsieht, daß sie nicht im Einvernehmen mit der Kirche ist. Jedenfalls hoffe ich im Einverständnis mit Herrn von Buch, daß die Vorlage in diesem Jahre noch nicht zum Abschluß kommt; die Verhandlungen in der Kommission werden in der Richtung klarend wirken, daß wir später ein Gesetz bekommen, welches uns garantiert, daß unsere Kinder in der Religion ihrer Väter erzogen werden. Ich will keinen neuen Streit: ich wünsche den Frieden, aber Sie dürfen die 15 Millionen Katholiken nicht vergewaltigen. Die Katholiken werden eine solche Zwangsschule, wie das Gesetz sie schafft, nie anerkennen. Ich warne Sie davor, den Kulturmampf neu anzufangen. Wir wollen eine größere Stärkung der Religion, auch auf den Gymnasien und Universitäten; denn daher röhrt ein großer Theil des Unglücks her, das von der Sozialdemokratie kommt. Herr v. Gedlich legt mir beharrlich persönliche Motive vor; ich muß daher annehmen, daß bei ihm solche vorliegen. — Die Simultanschulen in Nassau müssen allmählich ebenso verschwinden wie überall. Denn die Simultanschulen sind die Träger des Indifferentismus, und der Indifferentismus ist die Mutter des religiösen Todes.

Ein Schulantrag wird angenommen.
Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verweisen.
Das Haus vertagt sich darauf auf Dienstag 11 Uhr.
Schluß 4 $\frac{1}{4}$ Uhr.

der wieder der inländische Konsument aufs Neuerste betroffen werden mußte. Die Aufgabe, sich den allerungünstigsten Platz, den zwischen zwei Stühlen, auszusuchen, ist selten mit so viel nicht beneidenswerther Geschicklichkeit gelöst worden, wie bei dieser Zuckersteuer-Vorlage. Wie man hört, will der Finanzminister Miquel dem Schatzsekretär nach Möglichkeit beispringen, um den Entwurf dem Reichstag plausibel zu machen. Aber auch die ungemein dialektische Gewandtheit des Herrn Miquel wird das Unmögliche nicht möglich machen können. Der Reichstag wird schon bei der ersten Lesung der Vorlage Petitionen gegen die beabsichtigte Reform, die in Wirklichkeit keine ist, vorfinden. Eigenthümlicher Weise haben einige der Petenten, so der Landwirtschaftliche Provinzial-Verein zu Posen, ein Immediat an den Kaiser gerichtet, worin auf die ernsten Gefahren aufmerksam gemacht wird, die die Landwirtschaft bedrohen, besonders auf die Gefahr des neuen Zuckersteuergesetzes. Es ist das ein Unternehmen, dessen gleichen bis dahin nicht üblich gewesen ist. In neuerer Zeit haben sich allerdings die direkt an den Kaiser gerichteten Petitionen von Berufskreisen und Einzelnen gemehrt, aber in solchen reinen Gesetzgebungsfragen und zumal dann, wenn die Volksvertretung bereits mit ihnen beschäftigt ist, ist der Weg unmittelbar in das Kabinett des Kaisers hinein doch noch nicht betreten worden. Immerhin müssen wir diese Erscheinung zu den charakteristischen Anzeichen einer veränderten Stellung der Krone zu dem politischen öffentlichen Leben und umgekehrt der öffentlichen Interessen zur Krone betrachten. Langsam und sicher ist die persönliche Initiative des Monarchen in den Mittelpunkt der Ereignisse getreten, und das Wort, daß der Kaiser sein eigener Reichskanzler sein werde, beginnt mehr und mehr Wahrheit zu werden. Je weniger in der Offenlichkeit von diesem Verhältniß gesprochen wird, desto unmerklicher, aber auch desto bestimmter sieht es sich durch und nimmt die Gemüther der Menschen ein. Man denkt kaum noch darüber nach, daß es doch eigentlich etwas seit der Herrschaft des konstitutionellen Staatsgedankens noch nicht Erlebtes ist, wenn der Kaiser, so wie es in der letzten Zeit wiederholt geschehen ist, mit Reden und Ansprachen in den Gang der öffentlichen Dinge eingreift, und immer mehr kommt die Neigung auf, nicht etwa zu fragen, welche Vorschläge in dieser oder jener gesetzgeberischen Angelegenheit die Minister dem Kaiser machen werden, sondern umgekehrt, welche Direktiven der Kaiser seinen Ministern geben wird, und wie sie es anstellen werden, um den Wünschen vom Throne herab Form und Gestalt zu geben.

— Die gestrige Jagd in der Göhrde begann bei sonnigem Frostwetter Vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr mit einem eingestellten Jagen auf Rothwild. Der Kaiser erlegte 11 Hirsche, darunter 3 jagdbare. Die ganze Strecke bestand aus 124 Stück. Nach dem Frühstück fand eine Suche mit der Jägermeute statt, bei welcher der Kaiser 18 Sauen schoß. Die Gesamtstrecke bestand aus 103 Stück. Um 4 Uhr war im Jagdschloß Mittagstafel, an welcher sämtliche Jagdgäste teilnahmen. Nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr hat der Kaiser die Rückreise nach Potsdam angetreten.

— Die kaiserliche Familie beabsichtigt um die Mitte dieses Monats nach Berlin in das königliche Schloß überzusiedeln. Als nächster Termin ist der 12. oder 13. Dezember in Aussicht genommen worden, doch dürfte dies noch von den Witterungsverhältnissen abhängig gemacht werden.

— Über das Befinden des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin laufen wieder günstigere Berichte ein. Die Erholung ist in den letzten beiden Wochen in merklicher Weise, wenn auch langsam fortgeschritten. Der Bronchialkatarrh ist bis auf die Lungenpartie, welche vor 8 Jahren so schwer affiziert war, fast ganz geschwunden, Asthma ist seit der letzten Erfältung in Athen nicht wieder aufgetreten, der Appetit ist vortrefflich, Schlaf meist ungestört. Nur die neuralgischen Anfälle bestehen noch fort. Es ist zu hoffen, sobald Bewegung in freier Luft gestattet ist, daß der hohe Kranke raschere Fortschritte zur Besserung machen wird.

Deutschland.

Berlin, 7. Dez. Der neue Zuckersteuer-Entwurf wird nicht Gesetz werden. Den Agrarier und sonstigen Interessenten ist er zu radikal, und den Freunden der Zuckersteuerreform nicht radikal genug. Im Allgemeinen pflegen Gesetzentwürfe, die derart von zwei Seiten her mit gleichmäßiger Schärfe angegriffen werden, den Anspruch erheben zu können, daß sie gerade die richtige Mitte treffen. Hier aber liegt es doch nicht so. Der Gesetzentwurf macht den aussichtslosen Versuch, die Einschränkung des Systems der Exportprämien zwar durchzuführen, den Ausfall aber, den die Zuckerfabriken auf solche Weise an ihren Einnahmen zu erleiden haben werden, durch eine anderweitige Festsetzung der Steuersätze zu decken, von

Ihnen an Arbeitskräften fehlen wird. Wenn, sagen die Leute, auch die Zeitungen, die Priester und Bischöfe dagegen sind, so geschieht es eben deshalb, weil die Zeitungen, Priester und Bischöfe von den „Herren“ gekauft werden. Uebrigens, sagen sie weiter, sind die Priester nur auf der Kanzel dagegen, in der Beichte reden sie der Auswanderung selbst das Wort. Dass diese Ansicht blos durch die Agenten verbreitet wurde, ist klar. Man kennt wenigstens bis jetzt noch keinen Priester, der der Auswanderung das Wort gesprochen hätte.

Wenn wir uns jetzt noch fragen, welches die Ursachen dieser ungeheueren Auswanderung sind, so müssen wir dieselben in allererster Reihe in der schlechten ökonomischen und politischen Lage des Volkes suchen. Die Bauern sagen charakteristischer Weise: bei uns verdient Mann und Frau zusammen so viel, wie drüber ein 6jähr. Kind, dem schon 1/2 Rubel täglich gezahlt wird. Die Lage der unteren Klassen ist überhaupt eine unendlich traurige und bei der großen Unwissenheit des Volkes fällt es den Agenten leicht, ihm die unfinstigen Dinge vorzulügen. Sie machen den Bauern große Versprechungen, zum Beispiel für zehn Jahre Steuerfreiheit, 60 Morgen Land mit Wäldern und Wiesen und dazu Geld. Die Schiffskarte läßt sich der Agent mit 50 Rubeln bezahlen. Was er für seine Mühe und die Eisenbahnsfahrt nimmt, hat man nicht erfahren können. Doch verkaufen die Agenten die Karten auch sehr billig, so z. B. für 5, 4 und 2 Rbl., ja, sie geben sie sogar umsonst. Dafür sorgen sie aber, daß nur gesunde kräftige Leute reisen, alte und schwache suchen sie zum Zurückbleiben zu bewegen. Dafür nehmen sie den Auswanderern das Versprechen ab, Reise-Briefe nach Hause zu schreiben. Diejenigen Briefe aber, die geschrieben werden, unterliegen einer vollständigen Kontrolle und

Alles, was über Brasilien Ungünstiges darin steht, wird einfach gestrichen.

Was für einen Einfluß diese massenhafte Auswanderung auf die Industrie jetzt schon ausübt, zeigt der Umstand, daß manche Industrien ihre Produktion wegen Mangels an Arbeitskräften einstellen mußten, namentlich Brauereien. Die Behörde steht dieser sieberhaften Auswanderungssucht kopflos und machtlos gegenüber. Sie ist nicht einmal im Stande, einen klaren Ueberblick darüber zu gewinnen, die Leute gehen meist ohne Pässe über die Grenze, um das Geld für den Paß zu ersparen. Es genügt für sie der Taufschéin. Als vor einiger Zeit auf dem Bahnhof in Błocławek zu dem um 3 Uhr Nachmittags aus Alexandrowo kommenden Zuge keine Droschen auf dem Platze waren, wurde die Polizei darauf aufmerksam und stellte Nachforschungen an, die ergaben, daß sämmtliche Droschenfüsscher mit leeren Wagen ungefähr 14 Werst von Błocławek gefahren waren. Man stellte Wachen auf und erwischte 5 Wagen vollgepflastert mit Emigranten. Als man sie zum Polizeibureau brachte, zeigte es sich, daß 50 Personen auf diese Weise die Grenze zu passieren suchten. Man fragte sie, was sie zur Auswanderung veranlaßt hätte, sie verriethen es aber nicht. Trotzdem ist die Polizei mehreren Agenten auf die Spur gekommen und hat die Schuldigen zur Verantwortung gezogen. Nach dem Warschauer „Kurier“ sind in diesem Jahre 3500 Schiffskarten für 175 000 Rubel verkauft worden.

Die obigen Vorgänge enthalten selbstverständlich eine schwere Anklage gegen die Regierung und Kirche, die systematisch das Volk auf tiefer geistiger Stufe erhalten haben, so daß es absolut außer Stande ist, das plump Treiben der Agenten zu durchschauen und sich vor dem Schicksal zu retten, das seiner in Brasilien harrt. (Frankf. Ztg.)

„Jasius, gehst Du nicht auch nach Brasilien, dort wachsen ja die Feigen und Orangen so niedrig, daß man sie mit den Händen greifen kann.“

„Natürlich gehe ich auch, aber erst nach Neujahr, weil man über das Rothe Meer muß und das ist in Folge der großen Hitze eingetrocknet.“

Von Brasilien aus ist es zu allen heiligen Orten sehr nahe: nach Jerusalem 10 Meilen, und wenn der Papst in Rom Gottesdienst abhält, hört man in Brasilien die Glocken läuten.

Aus diesen Vorstellungen sehen wir, wie geschickt es die Agenten angefangen haben, das Volk zu fördern. Alles, wonach es sich auf Erden sehnt, was ihm das Höchste erscheint, findet es hier auf einem Punkte vereinigt: Land, so viel es will, großen Verdienst, gutes Essen, in der Nähe alle heiligen Orte; es kann im Überfluss und in religiöser Anbetung schwelgen. Wenn der Unverstand der Massen einmal einen solchen Ort, wo Alles vereinigt ist, sich als wirklich vorhanden denkt, dann helfen keine Gegenvorstellungen und seien sie noch so vernünftig. Stutzig und ängstlich wird der Bauer nur, wenn man ihm erzählt, daß beim Einschiffen nach Brasilien alle Auswanderer gleich dem Vieh gestempelt und numerirt werden. Alle anderen Vorstellungen machen keinen Eindruck. Der Bauer und Arbeiter traut Niemanden außer dem Agenten; er ist sein Heil und sein Hort. Ein großes Misstrauen herrscht gegen die „Herren“, wie auch gegen die Intelligenz, ja sogar gegen Priester und Bischöfe. Das Volk hat eben die große Güte der „Herren“ und die väterliche Fürsorge der Priester und Bischöfe zur Genüge an Leib und Seele kennen gelernt. Jetzt glaubt es, daß nur materielle Rücksichten die „Herren“ veranlassen, gegen die Auswanderung anzutämpfen, weil es

Bei der Pulverfabrik in Spandau fungierten als Betriebsführer Feuerwerksoffiziere, welche für die Anfertigung des früheren Pulvers als die geeigneten Personen befunden worden sind. Durch Einführung des neuen Pulvers und der neuen Sprengstoffe treten wesentlich höhere Anforderungen an die Betriebsführer heran, welchen die Feuerwerksoffiziere nicht mehr genügen können. Die Betriebsführerstellen sollen daher, dem „Anz. f. d. H.“ zufolge, mit dem nächsten Staatsjahr durch fachmännisch gebildete Zivil-Ingenieure bezw. Chemiker besetzt werden.

Im Reichstag gewählte Bockum, wo in Folge der Mandatsniederlegung des Herrn von Schorlemers-Alst eine Neuwahl stattfinden muß, stellen die Freisinnigen Herrn Rechtsanwalt Lenzenmann als Kandidaten auf. Bei der letzten Wahl hatte das Zentrum den Wahlkreis, der früher nationalliberal vertreten war, im heissen Kampfe erobert. Im ersten Wahlgang waren 21889 Zentrumstimmen, 18639 nationalliberale, 8388 sozialdemokratische und 4998 deutschfreundliche Stimmen abgegeben worden. Die Zahl der Sozialdemokraten in diesem Wahlkreis dürfte sich bei der regen Agitation unter den Bergarbeitern inzwischen erheblich vergrößert haben. Über die Person ihres Kandidaten scheinen sie sich bisher ebensoviel wie die übrigen Parteien schlüssig gemacht zu haben. Es wird jedenfalls zu einem erbitterten Wahlkampf kommen, dessen Ausgang völlig ungewiss ist.

Magdeburg, 6. Dez. Die von der Handelskammer einberufenen und von Delegirten von 20 landwirtschaftlichen und Zuckerindustrie-Vereinen beaufsichtigte Versammlung im hiesigen großen Rathaussaal nahm eine Resolution gegen den Gesetzentwurf über die Zuckersteuer-Reform an und beauftragte die Handelskammer mit der Absendung einer Adresse an den Kaiser.

Aus dem Gerichtsaal.

Posen, 8. Dezember.
d. Wegen Auslegung und Verkaufs von polnischen Tuchstücken und Brochen mit dem polnischen Adler und der Inschrift: „Boze zwab Polske“ war der hiesige Kaufmann Bialas vom Schöffengericht zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt; jedoch wurde er in Folge der von ihm eingeklagten Berufung am 4. d. M. von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts freigesprochen.

Angekommene Fremde.

Posen, 8. Dezember.
Mylius Hotel de Dresden (Fritz Bremer). Die Mittergutsbesitzer Major a. D. von Tiedemann aus Seeheim, Major a. D. von Hellendorf aus Gowerzowo, von Günther aus Grzybowo, Scholz aus Bythin, Wendorff aus Bdzichowo, Albrecht aus Kawerczyn, Frau Gräfin Matuschke aus Schlesien, Frau Fuß aus Schmarje, Elteste aus Bielewo, Stern aus Berlin, Hermann aus Stettin, Kierst aus Newyork, Niesinger aus Leipzig, Goldschmidt und Ephraim aus Berlin.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Niesbeck aus Calbe, Hähnert aus Magdeburg, Jonas aus Rostheim, Hinneberg aus Rostock und Kemmerling aus Rotterdam, Fabrikbesitzer Betscher aus Berlin, Sängerin Grubitz aus Frankfurt, Lehrer Balle aus Spremberg, Stud. jur. Wildenow aus Berlin, Inspektor Deichter aus Gotha, Gutsbesitzer Voehom aus Bischpol und Dr. Sperling aus Armenau.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer Frau v. Arnim und Familie aus Komornit, Wilde und Frau und Lt. Wilde aus Lednagora, Wandelt aus Sendzin, Landwirt v. Glowacki aus Bythin, Landrat Seydel aus Schmiegel, Fabrikbesitzer Neumann aus Berlin, Rechtsanwalt Schulz aus Ostrowo, die Administratoren Sager aus Mitischewo, Bruck und Bolontär Schwarz aus Bicszn, Verwalter Altig aus Witlowo, Lt. Koepke aus Strzegowo paczkow, Regierungsräthlin Frau Elbertshagen und Fr. Schultheiss aus Berlin, Brauerbesitzer Habed aus Grätz, die Kaufleute Hartmann aus Liegnitz, Antoine aus Chalons (Marne), Michaelis, Brünn und Seidel aus Berlin, Hentschel aus Bielefeld, Gerdes aus Bremen, Waldmann aus Breslau, Haas aus Frankfurt, Asbach aus Köln und Schaper aus Leipzig.

Grand' Hotel de France. Fürst Radziwill aus Berlin, die Rittergutsbesitzer v. Bodzinski aus Stanislawowo, Rakowski und Frau aus Grodziszczko, Haubitzkow und Kirmes aus Berlin, Nowacki aus Warschau, Bösmüller aus Wien, Padermann aus Bonowitz.

Arndt's Hotel. Die Kaufleute Beyer aus Solingen, Wojciechowski aus Breslau, Wiener aus Dresden, König aus Wien und Junge aus Berlin, Gutspächter Clees aus Stettin.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Lewy aus Chemnitz, Bornstein, Lippmann und Landsberger aus Berlin, Neielt aus Leipzig, Jellief aus Han. Minden, Bucherfrischen aus Döbrii und Schubert aus Dörlip, Ober-Turnlehrer Krämpe und Lehrer Rother aus Breslau, Versicherungs-Inspektor Schmit aus Berlin.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Herz, Lichtenstein, Meyrick und Schulz aus Berlin, Kloese aus Gogolin, Treslow aus Posen und Minarick aus Hamburg, Photograph Bartels aus Berlin, Oberförster Hoffmann aus Rothenwal, die Landwirth Schmidt aus Klingthe, Bensch aus Jakobowo, Heine aus Rogasen.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“, vorm. Langner's Hotel. Die Kaufleute Bente aus Köln, Salomo aus Berlin, Hahn aus Breslau, Otto aus Danzig, Beamter Paul aus Berlin, Monteur Brüström aus Johannesberg, Gutsbesitzer Kasper aus Viebrick, Studiosus Jelski aus Halle und Rabbiner Dr. Meier aus Wiederau.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Pawel aus Greif, Goldberg aus Habelschwerdt, Tichauer aus Thorn, Kastel aus Berlin, Kässer aus Breslau, Oberförster Boehmer mit Frau aus Lüdom, Vers.-Inspektor Nitze aus Posen.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 7. Dez. Die Volkszählung hat nach vorläufiger Zusammenstellung eine Einwohnerzahl Breslaus von 334 710 Seelen ergeben.

Breslau, 7. Dez. Wie die „Schles. Ztg.“ meldet, traf Nordensthoeld hier ein und nahm die hiesigen Bibliotheken und Sammlungen in Augenschein. Derselbe wird morgen nach Oberschlesien weiterreisen.

Köln, 7. Dez. Die Direktoren der königlichen Universitätskliniken sind in einem an dieselben gerichteten Rundschreiben des Kultusministers aufgefordert worden, bis zum 1. Januar 1891 eine Statistik der Behandlungen mit dem Kochischen Mittel und deren Erfolge einzureichen; das Resultat soll den medizinischen Jahrbüchern einverleibt werden.

München, 7. Dez. Die Staats-Lokalbahn Passau-Röhrenbach ist gestern eröffnet.

München, 7. Dez. Der Professor der Mathematik an der Würzburger Universität, A. Mayr, ist gestern hier selbst bei seinem Sohne, dem Unterstaatssekretär v. Mayr, gestorben.

München, 7. Dez. Der Redakteur der sozialistischen „Münchener Post“, Schwab, ist wegen Zeugnisverweigerung heute Vormittag verhaftet worden.

Heute büßten zwei Schmiede, welche auf dem Dache der Anger-Frohnseite mit der Anbringung eines Schneeschutzbretters beschäftigt waren, durch Herabstürzen das Leben ein.

Wien, 7. Dez. Bezuglich des Projektes der österreichischen Kreditanstalt wegen Erwerbung der Kohlenwerke der Nordbahn führt die „Zeitschrift für Eisenbahnen“ aus, daß die Realisierung dieses Planes, zu welchem die Verwaltung der Nordbahn übrigens bisher noch nicht Stellung genommen habe, ernsthafte Rechtsbedenken entgegenstehen. Die Kohlenwerke, welche einen Flächenraum von 1464 Hektaren einnehmen, bildeten einen Theil des Realbesitzstandes der Aktiengesellschaft der Nordbahn und somit einen integrierenden Bestandteil des Gesetzes von 1885, durch welches die Regierung ermächtigt wurde, der Nordbahn unter den im vorhergegangenen Uebereinkommen mit der Regierung festgestellten Bedingungen, die Konzession zum Weiterbetriebe der gesellschaftlichen Linien zu ertheilen. In jenem Uebereinkommen aber werde speziell das Verhältniß der Montananlagen zum Gesamtunternehmen und die Heranziehung des Montanbesitzes zu den Kosten der allgemeinen Verwaltung festgestellt.

Pest, 7. Dez. [Abgeordnetenhaus.] Der Landesvertheidigungsminister erklärte betreffs der Waffenfabrik, er habe auf das Verhältniß derselben zu den Firmen Löwe u. Comp. und Greenwood-Batley keinen Einfluß genommen, er habe nur einfach den ihm vorgewiesenen Vertrag zur Kenntnis genommen. Die Firma Ludwig Löwe und Comp. genieße übrigens ein derartiges europäisches Renommé, daß sie unbedingt Glauben verdiene; er weise auch die Beschuldigung zurück, daß die Firma Greenwood-Batley mit der Steyrer Fabrik, die sich loyal benommen habe, paktierte.

Brüssel, 7. Dez. Wie aus Aelte (Ost-Flandern) gemeldet wird, kam es dort zwischen Landleuten, welche Vogelfallen gestellt hatten und Gendarmen zu einem Zusammenstoß, bei welchem 5 Gendarmen verwundet wurden. Mehrere der Schuldigen wurden verhaftet.

Petersburg, 7. Dez. Die hier selbst tagende Kommission zur Begutachtung der russisch-finnländischen Zollverhältnisse hat sich für einstweilige Beibehaltung der Differentialzölle ausgesprochen, jedoch sollen die finnländischen Zollämter die gleiche Organisation wie die russischen erhalten und russischer Leitung unterstellt werden. Die Kommission betonte dabei die Zweckmäßigkeit einer baldigen gänzlichen Aufhebung der russisch-finnländischen Zollgrenze. Die andere mit Berathung der russisch-finnländischen Valutafrage beschäftigte Kommission hat sich im Prinzip dahin ausgesprochen, daß die Prägung besonderer finnländischer Gold- und Silbermünzen aufhören und in Finnland die Zirkulation russischer Gold- und Silbermünzen eingeschafft werden solle. Nachdem die Annahme russischer Kreeditbillets durch die finnländischen Staatskassen zum Kurs bereits angeordnet worden ist, hat die Kommission weitere Entschlüsse hinsichtlich dieser Geldwerthzeichen noch nicht gefasst.

Petersburg, 7. Dez. In Telschy (Gouvernement Kovno) ist ein Klub vom Gouverneur wegen staats- und gemeingefährlicher Bestrebungen geschlossen worden.

Petersburg, 7. Dez. Die Südwestbahn-Gesellschaft übernahm die Exploitation der neu erbauten, insgesamt 194 Wert betragenden Zweiglinien von Kiwerz nach Luzk und Umanj.

Warschau, 7. Dez. Das Bezirksgericht zu Petrokow verurteilte den ausländischen Auswanderungsagenten Krause wegen unerlaubten gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes zu einerjähriger Gefängnisstrafe.

London, 7. Dez. Die Majorität der irischen Partei wählte in der von ihr abgehaltenen besonderen Versammlung Mac Carthy zum Präsidenten der Partei und beschloß sodann, am Montag einen Ausschuß von 8 Mitgliedern zur Unterstützung des Präsidenten zu wählen. — Die Minorität nahm, nachdem die Majorität die heutige allgemeine Versammlung verlassen hatte, eine Resolution an, in welcher sie ihr Bedauern über die Weigerung Gladstones, seinen Ansichten einen formellen Ausdruck zu geben, ausspricht und die Wahl Parnells zum Präsidenten bestätigt. Beide Versammlungen beendeten nach halbstündiger Diskussion ihre Berathungen, so daß also die irische Konferenz nunmehr definitiv beendet ist. Die irische Partei ist somit jetzt in zwei Gruppen gespalten: die eine, und zwar die Majorität, unter dem Vorsitz Mac Carthys, die andere unter dem Vorsitz Parnells.

London, 7. Dez. „Reuters Bureau“ meldet aus Lissabon: Hier eingegangene offizielle Nachrichten aus Mozambique widersprechen den durch die Südafrikanische Gesellschaft verbreiteten Berichten und besagen, die Agenten der britisch-südafrikanischen Gesellschaft hätten die Eingeborenen von Mutassa aufgereizt und seien mit diesen nach Massakre zu den Niederlassungen der portugiesischen Mozambique-Kompagnie gezogen, hätten dieselben überrumpelt, die portugiesische Flagge herabgerissen und Paiva, Alvarata, Gouveia, Rezende, sowie den in portugiesischen Diensten befindlichen französischen Ingenier C. de Lamby verhaftet. Das Personal der Mozambique-Kompagnie und die portugiesischen Goldwässcher seien, verfolgt durch die Engländer, gegen die Küste geflüchtet.

Belgrad, 7. Dez. Von gut unterrichteter Seite wird die Blättermeldung von der Verbannung des Königs Milan,

sowie von einem darauf bezüglichen Schreiben des Regenten Nistic als vollständig erfunden erklärt.

Wie verlautet, hätte der radikale Club beschlossen, über das Memorandum der Königin Natalie zur Tagesordnung überzugehen.

Newyork, 6. Dez. Eine Depesche aus Pineridge meldet, der Missionar Pater Julius, welcher sich behufs Unterhandlungen mit den Häuptlingen in das Lager der auffständischen Indianer begeben hatte, sei nach Überwindung manigfacher Gefahren nach Pineridge zurückgekehrt. Derselbe berichtet, daß er Berathungen mit den Häuptlingen gepflogen habe. Letztere hätten behauptet, bei ihrer Abfindung durch die Unions-Regierung seien Trithümer vorgekommen, die sie dem Hunger preisgegeben hätten. Jetzt scheuten sie die Unterwerfung, aus Furcht, wegen ihres Aufstandes geächtigt zu werden. Er, Pater Julius, habe die Häuptlinge inständig gebeten, nach der Agentur zu kommen und zu erklären, daß sie die Räubereien einstellen wollten; sie würden sodann sicher Verzeichnung erhalten. Die ältesten Häuptlinge hätten dann eingewilligt und würden in nächster Zeit in das Haus des Pater Julius kommen und dort dem General Brooke ihre Klagen vortragen. Pater Julius schätzt die Zahl der indianischen Krieger auf mehr als 2000; ihr Lager sei wohl befestigt.

Newyork, 7. Dez. Der Gesandte der Vereinigten Staaten beim Deutschen Reiche, Phelps, ist heute mit dem Schnelldampfer „Werra“ nach Europa abgereist.

Hamburg, 7. Dez. Der Postdampfer „Gellert“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actiengesellschaft hat, von Newyork kommend, heute Morgens 3 Uhr Lizard passiert.

Hamburg, 6. Dez. Der Postdampfer „Australia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actiengesellschaft hat, von Newyork kommend, heute Mittag 12 Uhr Lizard passiert.

Hamburg, 6. Dez. Der Postdampfer „Augia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actiengesellschaft hat, von Newyork kommend, heute 4 Uhr Nachmittags Lizard passiert.

Triest, 6. Dez. Der Lloyd-dampfer „Thalia“ ist heute Nachmittag hier eingetroffen.

London, 7. Dez. Der Castle-Dampfer „Drummond Castle“ ist am Freitag von Dartmouth auf der Ausreise abgegangen.

Der Castle-Dampfer „Dunothar Castle“ ist heute auf der Heimreise in Plymouth angekommen.

London, 6. Dez. Der Union-Dampfer „Dane“ ist gestern auf der Heimreise in Southampton angekommen.

Der Union-Dampfer „Arab“ ist gestern auf der Ausreise von Southampton abgegangen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1890.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	Wind	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
6. Nachm. 2	757,1	NÖ mäßig	zieml. heiter	- 1,6
6. Abends 9	760,4	=	heiter	- 5,8
7. Morgs. 7	761,8	O leicht	bedeckt	- 3,5
7. Nachm. 2	761,7	NÖ mäßig	zieml. heiter	- 1,6
7. Abends 9	760,9	N schwach	bedeckt	- 1,3
8. Morgs. 7	760,1	NÖ mäßig	bedeckt	- 2,1
Am 6. Dezbr.	Wärme-Maximum + 0,2° Cels.			
Am 6.	Wärme-Minimum - 5,8° =			
Am 7.	Wärme-Maximum - 0,9° =			
Am 7.	Wärme-Minimum - 6,1° =			

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 6. Dezber. Mittags 1,72 Meter.

= 7. = Morgens 1,72 =

= 8. = Morgens 1,72 =

Telegraphische Börseberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 6. Dez. Fester.
3½%ige L-Pfandbriefe 97,00, 4%ige ungarische Goldrente 90,50, Konzertbörse Türke 18,35, Türkische Looje 79,00, Breslauer Diskontobank 105,50, Breslauer Wechslerbank 104,00, Schlesischer Bankverein 122,50, Kreditattien* 168,25, Donnersmärchütte 83,75, Oberösterreichische Eisenbahn 90,75, Oppelnser Cement 108,00, Krakow 130,75, Laurahütte 136,00, Verein. Delfsbr. 96,25, Österreichische Banknoten 177,00, Russische Banknoten 236,60, *) per ultimo.

Schles. Zinskatten 201,00, Oberösterreich. Portland 123,00, Archimedes —, Katowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 123,50, Flöther Maschinenbau 117,50.

Frankfurt a. M., 6. Dezbr. Effekten-Societät (Schluß). Kreditatt. 267½, Franzosen 213½, Lombarden 118½, Galizier 179, Egypt 11, 4% ungar. Goldrente 90,40, 1880er Russen —, Gotthardbahn 161,50, Diskonto-Kommandit 208,70, Dresdenner Bank 153,80, Laurahütte 136,00, Gelsenkirchen 172,70, Court Bergwerk —, Griechische Monopol-Anteile —, Darmstädter Bank —, Deutsche Bank —, Mexikaner —, Argentinier —, Türkische Tabaksaktien —, Berliner Handelsgesellschaft —, Portugiesen 58,00, Träge.

Private Diskont — Prozent.

Wien, 6. Dez. Abendbörs. Ungarische Kreditattien 358,50, österr. Kreditattien 304,15, Franzosen 243,25, Lombarden 135,00, Galizier 203,25, Nordwestbahn 218,00, Elbethalbahn 223,00, österr. Papierrente 89,20, do. Goldrente 107,75, 5proz. ungar. Papierrente 99,75, 4proz. do. Goldrente 102,60, Marknoten 56,52%, Napoleon 9,11½, Bankverein 117,25, Tabaksaktien 144

